

Stand: Februar 2025

§ 1 Allgemeines, Geltungsbereich

(1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen (AEB) gelten für alle unter Abs. 2 genannten Verträge mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten, (nachfolgend: „Verkäufer“), wenn der Verkäufer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

(2) Die AEB gelten insbesondere für Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen (im Folgenden auch: Ware), ohne Rücksicht darauf, ob der Verkäufer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 650 BGB). Die AEB gelten in ihrer jeweiligen Fassung als Rahmenvereinbarung auch für künftige Verträge über den Verkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen mit demselben Verkäufer, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten, sofern nicht abweichend vereinbart. Über Änderungen unserer AEB werden wir den Verkäufer in diesem Fall unverzüglich informieren.

(3) Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Verkäufers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verkäufers dessen Lieferungen vorbehaltlos annehmen.

An die Stelle sich widersprechender Einzelregelungen treten die Regelungen des dispositiven Rechts, soweit nicht die vorliegenden AEB Anwendung finden. Gleiches gilt für den Fall, dass die Geschäftsbedingungen des Verkäufers Regelungen enthalten, die im Rahmen dieser AEB nicht enthalten sind. Enthalten vorliegende AEB Regelungen, die in den Geschäftsbedingungen des Verkäufers nicht enthalten sind, so gelten die vorliegenden AEB.

(4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Verkäufer (einschl. Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist ein

schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.

(5) Soweit in diesen AEB von der Schriftform die Rede ist, genügt entsprechend § 127 Abs. 2 BGB auch eine telekommunikative Übermittlung.

§ 2 Vertragsschluss

(1) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe (Angebot) oder Bestätigung (Annahme) als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Verkäufer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

(2) Soweit unsere Bestellung (Angebot) nicht ausdrücklich eine Bindungsfrist enthält, kann der Verkäufer die Bestellung innerhalb einer Frist von 2 Wochen durch schriftliche Bestätigung annehmen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos ausführen (Annahme). Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der erneuten Annahme durch uns.

§ 3 Lieferzeit und Lieferverzug

(1) Eine von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Der Verkäufer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.

(2) Erbringt der Verkäufer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.

(3) Ist der Verkäufer mit der von ihm geschuldeten Leistung in Verzug, können wir für jede vollendete Kalenderwoche nach Verzugseintritt eine Vertragsstrafe iHv 1 % des anteiligen Nettopreises der Ware, mit deren Lieferung sich der Verzug befindet verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des anteiligen Nettopreises der verspätet gelieferten Ware. Wir sind berechtigt, die Vertragsstrafe neben der Erfüllung und als



Stand: Februar 2025

Mindestbetrag eines vom Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften geschuldeten Schadensersatzes zu verlangen; die Geltendmachung eines weiteren Schadens bleibt unberührt. Die §§ 340 Abs. 2 S. 2, 341 Abs. 2 BGB bleiben dabei unberührt.

Wir verpflichten uns, den Vorbehalt der Vertragsstrafe innerhalb von 10 Arbeitstagen, gerechnet ab Entgegennahme der verspäteten Lieferung, gegenüber dem Verkäufer zu erklären.

§ 4 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

(1) Der Verkäufer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z. B. Subunternehmer) erbringen zu lassen.

(2) Der Verkäufer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z. B. Verkauf vorrätiger Ware).

(3) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Freiburg zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort (Bringschuld).

(4) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen in der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.

(5) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend.

(6) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Verkäufer muss hiervon abweichend seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z. B.

Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Verkäufer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Verkäufer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Verkäufer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

§ 5 Preise und Zahlungsbedingungen

(1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese in der Bestellung nicht gesondert ausgewiesen ist.

(2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Verkäufers sowie alle Nebenkosten (z. B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung) ein. Verpackungsmaterial hat der Verkäufer auf unser Verlangen zurückzunehmen.

(3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschl. einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Verkäufer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.

(4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Der Verzugszins beträgt jährlich 9 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz. Für den Eintritt unseres Verzugs gelten die gesetzlichen Vorschriften, wobei abweichend von § 286 Abs. 2 BGB in jedem Fall eine schriftliche Mahnung durch den Verkäufer erforderlich ist.

(5) Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus



Stand: Februar 2025

unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Verkäufer, auch aus früheren oder späteren Verträgen, zustehen.

(6) Der Verkäufer hat ein Aufrechnungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener oder konnexer bzw. synallagmatischer Gegenforderungen.

Ein Zurückbehaltungsrecht besteht nur bezüglich rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

§ 6 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt, Weiterverarbeitung

(1) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags unaufgefordert an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.

(2) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Verkäufer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Verkäufers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.

(3) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Verkäufer wird für uns vorgenommen. Das gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben. Die Übergabe an uns erfolgt entsprechend der Vorgaben nach § 3 dieser AEB.

(4) Soweit wir nicht bereits Eigentümer sind, erfolgt die Übereignung der Ware an uns unbedingt und

ohne Rücksicht auf die Zahlung des Kaufpreises. Nehmen wir jedoch im Einzelfall durch gesonderte Vereinbarung ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Verkäufers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

§ 7 Mangelhafte Lieferung

(1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschl. Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage, mangelhafter Montage-, Betriebs- oder Bedienungsanleitung) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Verkäufer gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Abweichend von § 442 Abs. 1 S 2 BGB stehen uns Mängelansprüche uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.

(3) Bei beiderseitigen Handelsgeschäften gelten für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere sowie bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren offen zu Tage treten (z. B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung). Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßem Geschäftsgang tunlich ist.

Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. In allen Fällen gilt unsere Rüge



Stand: Februar 2025

(Mängelanzeige) als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 2 Wochen nach Entdeckung des Mangels beim Verkäufer eingeht.

(4) Die zum Zwecke der Prüfung und Nachbesserung vom Verkäufer aufgewendeten Kosten (einschl. eventueller Ausbau- und Einbaukosten) trägt dieser auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.

(5) Kommt der Verkäufer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so findet unbeschadet unserer Rechte aus §§ 439 ff. BGB auch § 637 BGB entsprechende Anwendung. Ein Selbstbeseitigungsrecht i.S.d. § 637 BGB besteht nur in den Grenzen des § 439 IV BGB.

(6) Ist die Nacherfüllung durch den Verkäufer fehlgeschlagen, für uns unzumutbar (z. B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) oder kann der Verkäufer beide Arten der Nacherfüllung nach § 275 Abs. 2, Abs. 3 oder 439 Abs. 4 BGB verweigern oder sind beide Arten der Nacherfüllung i.S.d. § 275 Abs. 1 BGB unmöglich, bedarf es für die Geltendmachung unserer Rechte aus §§ 440, 323, 326 Abs. 5, § 441, §§ 440, 280, 281, 283, 311a, und § 284 BGB keiner Fristsetzung. Die Nacherfüllung gilt bereits nach dem ersten erfolglosen Versuch der von uns gewählten Art der Nacherfüllung als fehlgeschlagen, wenn nicht der Verkäufer zuvor berechtigter Weise ihm zustehende Leistungsverweigerungsrechte in Bezug auf die von uns gewählte Art der Nacherfüllung geltend gemacht oder mitgeteilt hat, dass die von uns gewählte Art der Nacherfüllung unmöglich ist. Im Übrigen bleiben die gesetzlichen Regelungen, nach welchen eine Fristsetzung für die Geltendmachung unserer Mängelansprüche entbehrlich ist, unberührt. Ort der Nacherfüllung ist der Belegenheitsort der Sache, sofern eine Nacherfüllung dort möglich und dem Verkäufer zumutbar ist.

§ 8 Lieferantenregress

(1) Unsere gesetzlich bestimmten Regressansprüche innerhalb einer Lieferkette (Lieferantenregress gemäß § 445a BGB) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu.

(2) § 445a BGB findet in Bezug auf die mangelhafte Sache auch dann entsprechende Anwendung, wenn wir diese gemäß ihrer Art und ihrem Verwendungszweck in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht oder die mangelhafte Sache einem Dritten gemäß ihrer Art und ihrem Verwendungszweck zum Einbau in eine andere Sache oder zum Anbringen an eine andere Sache überlassen haben. Dies mit der Maßgabe, dass wir vom Verkäufer (Lieferant) den Ersatz der Aufwendungen verlangen können, die wir im Verhältnis zu einem Dritten nach §§ 439 Abs. 2 und 3, §§ 635 Abs. 2 und 637 sowie §§ 642 und 645 BGB zu tragen hatten; für unsere in § 437 BGB bezeichneten Rechte bedarf es in entsprechender Anwendung des § 445a Abs. 2 BGB wegen des vom Dritten geltend gemachten Mangels der sonst erforderlichen Fristsetzung nicht, wenn wir die Sache als Folge ihrer Mangelhaftigkeit zurücknehmen mussten oder der Dritte den Kaufpreis oder Werklohn gemindert hat.

§ 9 Produzentenhaftung

(1) Ist der Verkäufer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

(2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Verkäufer Aufwendungen gemäß §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Verkäufer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

(3) Der Verkäufer hat eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer pauschalen Deckungssumme von mindestens Euro 10 Mio. pro Personen-/Sachschaden abzuschließen und zu unterhalten.

§ 10 Verjährung



Stand: Februar 2025

Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verfahren nach den gesetzlichen Vorschriften. Soweit nach § 8 Abs. 2 dieser AEB § 445a BGB entsprechende Anwendung findet, gilt hinsichtlich dieser Ansprüche auch § 445b BGB entsprechend.

§ 11 Abtretung

Forderungsabtretungen des Verkäufers sind ohne unsere ausdrückliche, schriftliche Zustimmung ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Geldforderungen aus einem beiderseitigen Handelsgeschäft (§ 354a HGB)

§ 12 Rechtswahl und Gerichtsstand

(1) Für diese AEB und alle Rechtsbeziehungen zwischen uns und dem Verkäufer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts. Voraussetzungen und Wirkungen des Eigentumsvorbehalts unterliegen dem Recht am jeweiligen Lageort der Sache, soweit danach die getroffene Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts unzulässig oder unwirksam ist.

(2) Im Geschäftsverkehr mit Kaufleuten, die ein Handelsgewerbe betreiben, oder mit solchen natürlichen oder juristischen Personen, die durch Eintragung im Handelsregister oder durch Gesetz solchen Kaufleuten gleichgestellt sind, ist Gerichtsstand Freiburg im Breisgau.

Diese Gerichtsstandvereinbarung gilt darüber hinaus auch, wenn der Verkäufer keinen Allgemeinen Gerichtsstand in der Bundesrepublik Deutschland hat, der AN nach Vertragsschluss seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort aus dem Geltungsbereich der Zivilprozessordnung der Bundesrepublik Deutschland verlegt oder sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist

